

Holocaust-Leugner Williamson erneut verurteilt

REGENSBURG (KNA) - Das Amtsgericht Regensburg hat den britischen Traditionalistenbischof Richard Williamson (72) gestern wegen Volksverhetzung verurteilt. Es milderte jedoch die Geldstrafe auf 90 Tagessätze zu je 20 Euro ab. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Strafe von 100 Tagessätzen zu je 65 Euro gefordert. Williamsons Anwälte hatten bereits im Vorfeld der Verhandlung angekündigt, im Falle einer Verurteilung durch alle Instanzen zu gehen.



Bischof Richard Williamson

FOTO: DPA

In einem Interview mit einem schwedischen Fernsehsender hatte der Bischof am 1. November 2008 im Priesterseminar der Piusbruderschaft in Zaitzkofen die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden auf höchstens 300 000 beziffert und die Existenz von Gaskammern bestritten. Williamson war bereits in einem ersten Prozess zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die Entscheidung wurde jedoch im Februar 2012 vom Nürnberger Oberlandesgericht (OLG) wegen eines Verfahrensfehlers kassiert. Daraufhin erließ die Staatsanwaltschaft Regensburg erneut einen Strafbefehl, wogegen Williamson Einspruch erhob.

Kurz berichtet

Mindestens 33 Tote bei Anschlagserie im Irak

KIRKUK (AFP) - Bei einer Anschlagserie im Irak sind gestern nach Angaben von Ärzten und Vertretern der Sicherheitskräfte mindestens 33 Menschen getötet worden. Bei den Angriffen im Norden des Landes sowie in der Hauptstadt Bagdad wurden demnach außerdem 245 Menschen verletzt. Einer der Anschläge wurde von einem Selbstmordattentäter in einem Auto verübt.

Syrien: Keine Beweise für Einsatz von Chemiewaffen

WASHINGTON (AFP) - Die US-Regierung ist von einem bekannt gewordenen Bericht des Außenministeriums über einen Einsatz von Chemiewaffen in Syrien abgerückt. Es gebe keine Beweise dafür, dass die syrische Führung neue Maßnahmen zum Einsatz von Chemiewaffen ergriffen habe, erklärte der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats, Tommy Vietor. Das US-Online-Magazin Foreign Policy hatte zuvor unter Berufung auf eine Depesche des US-Außenministeriums berichtet, die syrischen Truppen hätten in ihrem Kampf gegen die Aufständischen Giftgas verwendet.

Washington warnt Nordkorea vor Provokationen

SEOUL (dpa) - Die USA warnen Nordkorea vor neuen Provokationen. Die Position Washingtons sei eindeutig, dass Nordkorea von „provokativen Schritten“ abgesehen werden müsse, sagte Kurt Campbell vom US-Außenministerium gestern vor Journalisten in Seoul. Er antwortete auf Fragen nach seiner Einschätzung, ob Nordkorea demnächst einen weiteren Atomtest unternehmen könne. Insbesondere Seoul befürchtet, dass auf den international kritisierten Raketenstart in Nordkorea im Dezember ein Nukleartest folgen werde.

Pussy-Riot-Mitglied bleibt weiter in Haft

MOSKAU (dpa) - Im Fall der kreuilkritischen Frauen-Punkband Pussy Riot bleibt die russische Justiz hart. Ein Gericht in der Stadt Perm lehnte nach stundenlangem Anhörung einen Antrag der inhaftierten Musikerin Maria Aljochina (24) auf Aussetzung der Strafe ab. Das sagte gestern ein Justizsprecher der Agentur Interfax. Aljochina wollte sich in Freiheit besser um ihren fünfjährigen Sohn Philipp kümmern.



Zwischenstand

Interview

„Es geht für viele Häuser darum, die schwarze Null zu erreichen“

Krankenhaus-Experte spricht über die Lage von kommunalen Kliniken

LEUTKIRCH - Jede dritte Klinik in Deutschland schreibt rote Zahlen. Das ist das Ergebnis des aktuellen Krankenhaus Barometers, das vom Deutschen Krankenhausinstitut veröffentlicht wurde. In Baden-Württemberg sind die Krankenhäuser, die sich in öffentlich-rechtlicher Hand befinden, besonders verschuldet. Die bayerischen Kliniken liegen dagegen im Mittelfeld. Worin die Probleme bestehen und wie man sie lösen könnte, darüber hat sich unsere Mitarbeiterin Tanja Bosch mit Max Korff, Unternehmensberater für Krankenhäuser, unterhalten.

SZ: Herr Korff, was machen die Krankenhäuser in unserer Region falsch?

Max Korff: In Baden-Württemberg herrschen im Vergleich zu anderen Bundesländern strukturelle Probleme. Der ländliche Raum umfasst ein großes Gebiet, das vergleichsweise weniger stark besiedelt ist. In Baden-Württemberg gibt es relativ viele kleine Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft, die eine Grundversorgung abdecken müssen und sich weniger gut spezialisieren können. Dadurch kann eine Überkapazität mit hohen Vorhaltekosten entstehen. Ein weiteres Problem liegt darin, dass besonders kommunale Krankenhäuser an den Tarifvertrag gebunden sind. Neue Tarifabschlüsse können schnell Kosten verursachen, die sie weder vom Land noch von den Krankenkassen finanziert bekommen, sodass Verluste drohen. Da kommt es dann schon mal vor, dass am Ende eine Million Euro fehlen. Zuletzt, und das ist aber kein regionales Problem, ist die politische Einflussnahme auf einzelne kommunale Kran-

kenhäuser oftmals recht groß. Das kann ein Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu privaten Krankenhausträgern sein, die wesentlich schneller unternehmerische Entscheidungen fällen und umsetzen können.

SZ: Wie könnte man diese Probleme lösen?

Korff: Neben den angesprochenen strukturellen Nachteilen und den politischen Schwierigkeiten können die einzelnen Krankenhäuser auch vor ihrer eigenen Tür kehren. Abläufe und Strukturen müssen effizienter werden. Ein großes Verbesserungspotenzial zeigt sich oft bei der Aufnahme und Entlassung von Patienten. Hier könnte eine sorgfältige Abstimmung Abhilfe schaffen. Sicher ist im Einzelfall auch der Personaleinsatz auf jeden Fall kritisch zu prüfen. Damit meine ich nicht zwangsläufig, dass Personal reduziert werden sollte, sondern dass das Personal vor allem an der richtigen Stelle eingesetzt wird. Eine andere Möglichkeit, die derzeit in Hessen diskutiert wird, wäre, sich mit anderen Krankenhäusern zusammenzuschließen.

SZ: Verhindert ein Zusammenschluss dann, dass ein Krankenhaus schließen muss?

Korff: Nein, nicht in allen Fällen. Aber ein Zusammenschluss bietet Möglichkeiten, gewisse Nachteile besser auszugleichen. So muss keiner allein ums Überleben kämpfen. Die Kliniken könnten Schwerpunkte im einen und im anderen Haus setzen. So könnte vernünftiger geplant werden. Ist es beispielsweise sinnvoll, dass innerhalb von 15 Kilometern zwei Geburtshilfen mit hohem Aufwand betrieben werden, oder wäre die Konzentration an einem Standort sinnvoller? Weiterhin könnten über Kooperationen in Bereichen wie Labor oder Radiologie Material-, Energie- und Personalkosten reduziert werden.

SZ: Müssen Kliniken überhaupt Gewinn erwirtschaften?

Korff: Das müssen sie natürlich in ihrem eigenen Interesse. Die Unterstützung vom Land und den Kassen ist seit Jahren rückläufig, was bedeutet, dass die Kliniken ihre Investitionen aus eigener Hand bezahlen müssen. Viele Krankenhäuser sind allerdings völlig veraltet

und nicht auf dem neuesten technischen Stand. Wenn sie nicht attraktiver werden, ihre Räumlichkeiten instand halten und erforderliche Geräte anschaffen, ist klar, dass Patienten abwandern oder lieber in eine Privatklinik oder ein anderes moderneres Krankenhaus gehen. Kommunale Krankenhäuser müssen für diese Investitionen Geld erwirtschaften, im Augenblick geht es für viele darum, zumindest die schwarze Null zu erreichen. Denn dass über ein Drittel der Krankenhäuser in Deutschland rote Zahlen schreibt, ist natürlich gefährlich.

SZ: Wie wirkt sich das aus?

Korff: Die Krankenhäuser sind gezwungen zu sparen, das ist ein Teufelskreis und bringt die Kliniken in eine Zwangslage: Einerseits müssen sie die Kosten verringern und andererseits die Erlöse sichern. Das ist schwer, denn wenn es weniger Personal, also auch Ärzte und Pflegekräfte gibt, können weniger Patienten behandelt werden. Wenn ein Krankenhaus dann den Umbruch schafft und Personal benötigt, fällt es vor allem im ländlichen Raum wiederum besonders schwer, geeignete Fachkräfte zu gewinnen. Aus dieser Lage gibt es kaum einen Weg zurück. Der Ruf verschlechtert sich.

SZ: Müssen sich die Patienten Sorgen machen?

Korff: In Einzelfällen müssen Patienten längere Anfahrtswege und Wartezeiten in Kauf nehmen. Doch die Versorgung in Deutschland ist auf keinen Fall gefährdet, das deutsche Klinikwesen ist hinsichtlich Leistung und Qualität immer noch eines der besten weltweit.



Unternehmensberater

Max Korff (Foto: privat) ist Vorstandsmitglied von ZeQ in Mannheim, einer Unternehmensberatung für Krankenhäuser, Psychiatrien und Rehakliniken. Der 35-Jährige leitet Projekte in den Bereichen Qualitäts- und Risikomanagement, Organisation und Strategieentwicklung in Krankenhäusern aller Größen und Trägerschaften.

SPD glaubt an Zugpferd Steinbrück

Forsa-Umfrage: Sozialdemokraten stürzen in der Wählergunst ab – Merkels Union mit neuen Bestwerten

Von Christoph Slangen

BERLIN - Miese Umfragewerte für die Partei und ihr Kanzlerkandidat Peer Steinbrück weit abgeschlagen in der Wählergunst hinter der Kanzlerin: Die SPD-Spitze ignoriert solche Meldungen. Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier warf sich gestern in die Bresche: „Peer Steinbrück ist Kanzlerkandidat vor und nach der Niedersachsenwahl“, sagte der Kanzlerkandidat des Jahres 2009. „Er ist ein Zugpferd“, behauptete gar Thomas Oppermann, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, und: „Er ist Kanzlerkandidat, er bleibt Kanzlerkandidat.“

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hatte gestern einen neuen bundesweiten Tiefstand für die Sozialdemokraten und Steinbrück vermeldet: 23 Prozent, so wenig wie sie mit Steinmeier bei der Bundestagswahl erreicht hatten. Vor der Niedersachsenwahl wächst die Nervosität. Sollte der Wechsel zu Rot-Grün am kommenden Sonntag scheitern, wird befürchtet, dass die Debatte um den Kanzlerkandidaten außer Kontrolle geraten könnte. Die SPD-Spitze versucht dem vorzubeugen.

Nackenschläge seitens der Demoskopen gab es gestern gleich mehrere: Nur 23 Prozent für die Sozialdemokraten, 43 Prozent dagegen für die Union

und damit ein neuer Bestwert für Angela Merkels Union in der Forsa-Umfrage. Das Institut YouGov ermittelte zudem, dass aktuell 27 Prozent der Wähler Steinmeier für den besten Kanzlerkandidaten hielten und nur je 17 Prozent sich für Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel aussprachen. Die größte Gruppe, 39 Prozent, hätte hingegen nicht gewusst, wen sie aus dem Trio am liebsten als Kanzlerkandidaten sehen wolle.

„Im Moment ist die Lage nicht einfach, aber wir sind noch viele, viele Monate von der Bundestagswahl entfernt“, schaltete sich auch SPD-Vize und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in die Debatte ein, ver-

suchte zu beruhigen. Die SPD hilft sich mit Durchhalteparolen, doch auch der politische Gegner rechnet nicht mehr mit einem Kandidatenwechsel. „Was sollen sie denn anderes machen?“ sagt CSU-Chef Horst Seehofer.

Gestern als Gast beim Deutschen Gewerkschaftsbund war Steinbrück einmal mehr nur Zweiter. Die Kanzlerin hatte bereits am Vortag zum Politflirt mit DGB-Chef Michael Sommer angesetzt. Und auch wenn der Kandidat noch so viele Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbund beschwor – Sommer, selbst SPD-Mitglied, blieb ganz bei der überparteilichen Linie.

Pressestimmen

Große TV-Bekanntnisse sind beliebt

Die katholische französische Zeitung La Croix zum Doping-Geständnis des Radfahrers Lance Armstrong: „Der Meister des Radsports zeichnet ein Fernsehinterview auf, in dem er bestätigt, dass er gedopt hat. Die Fernsehrealität hat uns an das große Auspacken von privatem und öffentlichem Leben gewöhnt. Unter der Fuchtel der amerikanischen Hohepriesterin des Interviews, Oprah Winfrey, soll Lance Armstrong sein Geständnis ablegen, gedopt zu haben, soll ein System erklären, das ihm trotz hartnäckigen Verdachts zu einer schönen Karriere als Radrennfahrer und zu sieben Siegen bei der Tour de France verholfen hat. (...) Nach diesem Fernsehgeständnis können wir beurteilen, was Armstrongs Publizität, vom maßlosen Ruhm bis zur öffentlichen Demütigung auf der Höhe des Skandals, dem Bild seines Sports geschadet hat.“

Hilfe für Mali-Einsatz der Franzosen ist nötig

Die konservative norwegische Tageszeitung Aftenposten (Oslo) zum französischen Kriegseinsatz in Mali:

„Der Konflikt in Mali hat sich von einem Aufstand mit der Forderung nach Selbstbestimmung für die Tuareg-Bevölkerung zu einem Kampf um die Etablierung einer streng islamistischen Gesellschaft verändert. Das ist, einfach ausgedrückt, der Hintergrund für die am Wochenende begonnene französische Militäraktion, um Malis Regierung ein Minimum an Kontrolle über das Land zu verschaffen. (...) Wichtig ist, dass die militärische Präsenz vor allem aus der Region selbst kommt. Das befreit die USA und andere europäische Länder (...) nicht davon, praktisch und finanziell zu einer wünschenswerten Lösung beizutragen. Tun sie das nicht, könnte der Preis hoch sein.“

Komplizierte Beziehung zwischen Berlin und Moskau

Die Moskauer Tageszeitung Nesawissimaja Gaseta zum Stuttgarter Spionageprozess gegen ein mutmaßliches russisches Agenten-Ehepaar:

„Das neue Jahr fängt auf dem russisch-deutschen Gebiet nicht mit den nettesten Begebenheiten an. In der Hauptstadt Baden-Württembergs hat der Prozess gegen das Ehepaar Andreas und Heidrun Anschlag begonnen. Die Anklage hält sie für Hauptamtliche der russischen Auslandsaufklärung. Dass den Beschuldigten der Anwalt Horst-Dieter Pötschke zur Seite steht, macht die Verhandlung pikant. Der Jurist verteidigte einst den berühmten Kanzler-Spion Günter Guillaume. Aber diese alte Geschichte, die mit zum Rücktritt von Kanzler Willy Brandt führte, reicht an den Fall Anschlag nicht heran, weil er nichts mit der Machtebene zu tun hat. Dennoch trägt dies nicht gerade zur Unkompliziertheit der Beziehungen zwischen Moskau und Berlin bei.“

Zitat des Tages

„Es heißt immer, der Lugner bringt die Luder. Dieses Mal ist es aber kein Luder.“



Bau-Unternehmer Richard Lugner (Foto: dpa), gab gestern in Wien die Wahl seines diesjährigen Stargastes für den Wiener Opernball bekannt. Die skandalfreie US-Schauspielerinnen und Oscar-Preisträgerin Mira Sorvino begleitet Lugner im Februar zum Staatsball.